

Demokratie # Corona-Maßnahmen, Demokratie, Proteste

Stadt droht „Spaziergängern“ mit Waffengewalt Neue Eskalationsstufe in Süddeutschland

VERÖFFENTLICHT AM 29. Jan 2022 715 Kommentare



Erinnern Sie sich an den deutschlandweiten Aufschrei der Empörung, als einst Frauke Petry als AfD-Chefin von Waffengewalt als letztem Mittel der Grenzsicherung redete. Ob solche Aussagen zulässig sind oder nicht, hängt offenbar vor allem davon ab, wer sie tätigt. Denn sonst müsste der Aufschrei darüber, was die Stadt Ostfildern jetzt in einer Allgemeinverfügung veröffentlichte, noch größer sein als der bei Petry. Die Verwaltung der 35.000-Einwohner-Gemeinde in Baden-Württemberg winkt nämlich nicht gegenüber illegalen Grenzverletzern mit dem Einsatz von Waffen – sondern gegenüber ganz normalen „Spaziergängern“.

Wörtlich steht **in der Allgemeinverfügung**:

Um sicherzustellen, dass das Versammlungsverbot eingehalten wird, wird die Anwendung unmittelbaren Zwangs, also die Einwirkung auf Personen durch einfache körperliche Gewalt, Hilfsmittel der körperlichen Gewalt oder Waffengebrauch angedroht. Dies ist nach Abwägung der

Arzt rät Selbstständigen das:

Ärzte raten Selbstständigen genau diesen Königsweg Freiwillige Krankenkasse



Oberbürgermeister Bolay auf Twitter.

Hier muss ich diesen Artikel leider beenden. Weil mir die Worte fehlen. Zumindest die anständigen.

Ich kann nur mit einem – sinngemäßen – Zitat meines Freundes und Vorbilds Henryk M. Broder aufwarten, mit dem er 2018 auf die Frage antwortete, wie es damals so weit kommen konnte: „Weil sie damals so waren, wie ihr heute seid!“